

Ketterer, Karl-Heinz; Vollmer, Rainer

**Article — Digitized Version**

## Sozio-ökonomische Aspekte der Geldwertentwicklung

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Ketterer, Karl-Heinz; Vollmer, Rainer (1980) : Sozio-ökonomische Aspekte der Geldwertentwicklung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 8, pp. 407-412

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135472>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Sozio-ökonomische Aspekte der Geldwertentwicklung

Karl-Heinz Ketterer, Rainer Vollmer, Stuttgart\*

**Ein Rückblick auf die einzelnen Phasen der Nachkriegsentwicklung zeigt, daß eine zentrale Ursache der Inflation in den Rivalitäten und Illusionen der verschiedenen sozialen Gruppen zu sehen ist: Die Inflationsraten waren relativ gering, wenn sozialer Konsens herrschte, sie waren hoch, als die gesellschaftlichen Kräfte auseinanderdrifteten. Wie sind die Aussichten auf Geldwertstabilität heute einzuschätzen?**

Seit Ende 1978 hat sich der Geldwertschwund in der Bundesrepublik wieder erheblich beschleunigt. Die Preisauftriebstendenzen wurden zwar überwiegend von außen her genährt, und man mußte diese Außenimpulse wenigstens teilweise durchwirken lassen, um einen unzumutbaren Druck auf Produktion und Beschäftigung zu vermeiden. Es hat sich aber auch gezeigt, daß dieses Durchwirkenlassen im Inland das Vordringen inflationsorientierter Verhaltensweisen begünstigt. Das nährt die Sorge, daß sich das Tempo der Geldentwertung nachhaltig vergrößert haben könnte, daß also das Absinken der Inflationsraten von Mitte 1974 bis zum Herbst 1978 letztlich nur eine transitorische Phase war. Kämpft die Bundesbank, so könnte die Frage zugespitzt werden, im Grunde nicht gegen Windmühlenflügel an?

Wer eine Antwort auf diese Frage sucht, wird wohl zunächst darauf verweisen, daß auch künftig mit starken Schüben beim Ölpreis gerechnet werden muß und daß zudem durch die Renaissance des Festkursdenkens, das sich am deutlichsten im EWS, aber keinesfalls nur dort, dokumentiert, für die deutsche Stabilitätspolitik nicht unerhebliche Risiken entstanden sind. Es wäre aber falsch, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Entwicklung der Preise bei uns letztlich außendeterminiert sein wird. Erfolg und Mißerfolg der Stabilitätspolitik werden auch künftig vor allem von unserem eigenen Verhalten abhängen. Das gilt nicht nur für die Standhaftigkeit der wirtschaftspolitischen Instanzen, sondern – und dies sogar in allererster Linie – für die Fähigkeit der Gesellschaft, auf Inflation als eine Form des Konfliktmanagements und der Konfliktlösung zu verzichten.

---

*Dr. Karl-Heinz Ketterer, 38, und Rainer Vollmer, 35, Dipl.-Volkswirt, sind wissenschaftliche Mitarbeiter der Landeszentralbank in Baden-Württemberg.*

Wenn man davon ausgeht, daß in Marktsystemen westlicher Prägung Preisstabilität, wenn auch nicht notwendigerweise im Sinne der Null-Inflation, herstellbar ist, so ist ein Abweichen von der Stabilität auf Fehleinstellungen eines oder mehrerer Parameter der Wirtschaftspolitik und des sozio-ökonomischen Systems zurückzuführen. Die Frage ist dann, welche Motive, gegebenenfalls auch Illusionen sich hier ausgewirkt haben und welche Widerstände einer zielkonformen Ausrichtung der Parameter entgegenstehen.

Die zentrale Ursache der Inflation ist in einem solchen sozio-ökonomischen Kontext darin zu sehen, daß aufgrund von Rivalitäten und Illusionen der sozialen Gruppen die Nominaleinkommensansprüche in ihrer Summe stärker steigen, als die reale Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft zunimmt. Dabei spielt eine Rolle, daß Preisstabilität im Verhalten der einzelnen oder von Gruppen, wie es Bombach ausdrückt, quasi als Kollektivgut gilt. Wenn sie erreicht ist, „werden alle von ihr profitieren, ob sie Opfer gebracht haben oder nicht. Alle sind für Preisstabilität, aber jeder einzelne versucht, einen Bogen um die Kasse zu machen. Wo öffentliche Güter sind, findet sich stets auch der Trittbrettfahrer ein“<sup>1</sup>.

Mag dieser Hinweis auch in seiner analytischen Tragweite die Dinge etwas zu sehr vereinfachen, so trifft er doch den Kern des Problems: Die Intensität des Geldwertschwundes hängt letztlich mit dem Anspruchsverhalten der Gesellschaft zusammen. Nur so

---

\* Die beiden Autoren stellen in diesem Beitrag einige der Grundgedanken einer Inflationsuntersuchung vor, die sie zusammen mit Norbert Klöten als Länderstudie im Rahmen des Projekts „On the Politics and Sociology of Global Inflation“ der Brookings Institution, Washington, D. C., verfaßt haben. In deutscher Sprache ist diese Studie erschienen in: Norbert Klöten, Hans-J. Barth, Karl-Heinz Ketterer, Rainer Vollmer: Zur Entwicklung des Geldwertes in Deutschland, Fakten und Bestimmungsgründe, Teil A, Eine sozio-ökonomische Erklärung, Tübingen 1980.

<sup>1</sup> G. Bombach: Neue Politische Ökonomie (1. Teil), in: List-Forum, Juni 1977, S. 65 ff.

erklärt sich wohl, daß die Fähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften, Preisstabilität zu verwirklichen, so unterschiedlich ist. Aber auch für die Bundesrepublik läßt sich zeigen, daß – wie es Hettlage und Trappe ausgedrückt haben – „desintegrative Prozesse im sozialen Bereich . . . inflationsfördernd (sind)“<sup>2</sup>.

Um die soziologischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten und Spannungsfelder, unter denen Geldwertstabilität herrscht oder Inflation gedeihen kann, für die Bundesrepublik herauszuarbeiten, erscheint es angebracht, dies anhand verschiedener Phasen der Nachkriegsentwicklung in Deutschland beispielhaft darzustellen.

### Geringes Konfliktpotential

Nach dem totalen Zusammenbruch im Frühjahr 1945 hatte das Bewußtsein des gemeinsam Erlebten ein heute kaum mehr verständliches Gefühl des „In-einem-Boot-Sitzens“ und ein immenses Potential gemeinsamer Anliegen erzeugt. Der Bereich der Aufgaben, die unstrittig waren, war angesichts zerstörter Fabriken, der Demontagepolitik der Alliierten und der Millionen von Flüchtlingen erdrückend groß. Die Not wirkte als Koordinator, so daß das Potential an Interessen- und Zielkonflikten vergleichsweise gering war, das einen Nährboden für die Inflation hätte abgeben können, dies um so mehr, als durch die Hyperinflation im Zuge der Kriegsfinanzierung gerade der Widerwille gegen unterwertiges Geld besonders ausgeprägt war.

Dieses Klima begünstigte Lösungen bei der Reorganisation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die der Preisstabilität förderlich waren, was natürlich wiederum dazu beitrug, das Konfliktpotential in Grenzen zu halten. Wir können das hier nur mit wenigen Schlaglichtern beleuchten.

□ Zwischen den großen, den Wiederaufbau tragenden Parteien waren die Grundzüge der Politik relativ wenig kontrovers, nicht zuletzt, weil sie die gemeinsame Ablehnung des Kommunismus, der sich im anderen Teil Deutschlands stabilisierte, einte. Und die bestehenden Gegensätze schwächten sich noch ab, wozu sicher auch beitrug, daß durch die klare föderalistische Lösung keine der großen Parteien von der Regierungsverantwortung ausgeschlossen blieb.

□ Die recht weitgehende Autonomie der nachgeordneten Gebietskörperschaften gegenüber dem Zentralstaat war der großen regionalen Ausgewogenheit, wie

<sup>2</sup> P. Trappe, R. Hettlage: Ansätze zu einer soziologischen Theorie der Inflation, in: N. Celio (Hrsg.): Inflationbekämpfung unter veränderten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, Bern 1976, S. 80.

wir sie heute kennen, förderlich. Regionale Spannungen, die anderswo ein Konfliktmanagement durch Inflation begünstigen, kamen so nicht auf, traditionelle Konflikte verblaßten<sup>3</sup>.

□ Zu den geschilderten Ausgangsbedingungen paßte es auch, wenn sich die wiederentstandenen Gewerkschaften von einer reinen Klassenorganisation zu einer umfassenden Vertretung der Gesamtinteressen der Arbeitnehmer entwickelten, die nicht außerhalb der wirtschaftspolitischen wie der allgemeinpolitischen Verantwortung stehen, sondern in den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozeß integriert sein wollten. Mitsprechen wollen impliziert aber auch, Verantwortung zu übernehmen, und zwar Verantwortung für das Ganze.

□ So wurde die breite Partizipation, verbunden mit Verantwortlichkeit und als Gegenleistung „Belohnung“ auf politischer Ebene, zu einem wesentlichen Charakteristikum der Nachkriegszeit, ganz im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, in denen wichtige soziale Gruppen sich nicht in der Politik repräsentiert sehen konnten. Die gute stabilisierungspolitische Performance der 50er und auch der 60er Jahre in der Bundesrepublik hatte hierin eine ihrer wichtigsten Wurzeln.

### Konjunktur reagible Preise

Die hier nur angedeuteten gesellschaftlichen Besonderheiten der ersten Nachkriegszeit und die institutionellen Regelungen, die in diesem Klima getroffen wurden, wirken in vielem bis heute nach und bestimmen im Ausland das Bild des stabilitätspolitischen „Musterknaben“ mit. Ebenso unübersehbar ist jedoch, daß mit dem Sichtbarwerden der Erfolge des Wiederaufbaus manche dieser gesellschaftlichen Faktoren ihre prägende Kraft nach und nach einbüßten. An der Wende von den 50er zu den 60er Jahren, als sich mit Erreichen der Vollbeschäftigung die wirtschaftlichen Bedingungen erheblich geändert hatten, war davon allerdings noch kaum etwas zu spüren. Bei den Verteilungsauseinandersetzungen wurde keine härtere Gangart eingeschlagen. Erstmals zeichneten sich 1965 Verhaltensänderungen in Umrissen ab, begünstigt durch Hochkonjunktur und Fehler der staatlichen Wirtschaftspolitik. Der Schock des Konjunkturreinbruchs 1966/67 – mit der Möglichkeit einer Rezession hatte ja kaum noch jemand gerechnet – drängte dann allerdings das gerade erst entstehende Anspruchsdenken wieder zurück. Die Preise erwiesen sich wieder als konjunktur reagibel.

<sup>3</sup> Vgl. M. R. Lepsius: Sozialstruktur und soziale Schichtung in der Bundesrepublik, in: R. Löwenthal, H.-P. Schwarz (Hrsg.): Die zweite Republik, Stuttgart 1974, S. 266.

Durch den Schock der Rezession 1966/67 war aber das Verhalten des Staates und der Privaten noch zu einem Zeitpunkt darauf ausgerichtet, das vermeintlich zarte Konjunkturpflänzchen zu hegen, als bereits ein kraftvoller Aufschwung unterwegs war. Daß das Erbe der Krise insgesamt belastend war, zeigte sich zuerst in den spontanen Arbeitsniederlegungen vom Herbst 1969.

### Veränderte Verhaltensweisen

Dieses Erbe reicht aber nicht aus zur Erklärung der sich nach 1969 rasch verschlechternden stabilisierungspolitischen Performance. Es genügt auch nicht, zusätzlich den sich destabilisierend auswirkenden Verfall des Bretton-Woods-Systems oder später den die Weltwirtschaft bis ins Mark treffenden ersten Ölpreisschock 1973/74 zur Erklärung heranzuziehen. Mit im Bild sollte sein, daß der Wandel in den sozio-ökonomischen Bedingungen am Ende der 60er Jahre deutlich zutage trat. Am klarsten kann dieser wohl damit umschrieben werden, daß die Gesellschaft nach einer Investitionsperiode nun eine „Ernteperiode“ für angebracht hielt. Die ökonomischen und die gesellschaftlichen Prozeßelemente beeinflussten sich gegenseitig, die Stabilität blieb dabei auf der Strecke.

Das heißt nicht, daß der Stabilität nicht nach wie vor ein hoher Rang eingeräumt worden wäre. Auch der politische Machtwechsel im Herbst 1969 kann nicht so interpretiert werden, bei dem ja durch die strikte Absage an eine D-Mark-Aufwertung die Inflationsfurcht gegen die CDU/CSU mobilisiert werden konnte<sup>4</sup>. Aber mehr und mehr hofften, daß die jeweils anderen ihr Verhalten darauf einstellen mögen, eigene Opfer daher nicht notwendig seien. Eine solche Mentalität konnte Fuß fassen, weil der einzelne und die Gruppen kaum noch befürchteten, daß das eigene Handeln auch Sanktionen nach sich ziehen kann. Das Vertrauen, daß der Staat in jedem Falle fähig und nach der Regierungsübernahme durch die sozialliberale Koalition auch willens sei, die Vollbeschäftigung zu sichern, war weitgehend unerschüttert.

Daß der Preisauftrieb sich so stark beschleunigte, war zwar ärgerlich, doch bezog man ihn nicht auf destabilisierende Vorgänge im Innern, sondern betrachtete ihn als außenwirtschaftlich bedingt und damit als unabdingbar. So konnten die Gewerkschaften der Legitimationskrise nach den spontanen Arbeitsniederlegungen durch streitbareres Verhalten zu begegnen su-

chen. Zu einem Mehr an Arbeitsmarktkonflikten kam es nicht, da die Unternehmen dieser Offensivstrategie nur wenig Widerstand entgegensetzten. Sie gingen davon aus, daß sie unter den gegebenen binnen- und außenwirtschaftlichen Gegebenheiten auch hohe Lohnzugeständnisse in den Preisen weiterwälzen könnten. Der Widerstand nahm allerdings auch nicht zu, als die Umverteilungserfolge der Gewerkschaften sichtbar wurden. Offenbar nahm man an, sich bei den gewandelten politischen und gesellschaftlichen Kräftekonstellationen kaum noch Widerstand leisten zu können, ohne noch mehr ins Zentrum der Kritik zu geraten.

### Zunehmende Anspruchsmentalität

Der verschärfte Kampf um Anteile am Sozialprodukt beschränkte sich aber nicht auf die Tarifvertragsparteien. Von allen Seiten schob man dem Staat Aufgaben zu, versuchte man individuelle Risiken auf den Staat abzuwälzen und hoffte, die jeweils eigene Gruppe würde dafür nicht zur Kasse gebeten. Kein Wunder also, daß dem Mehr an Aufgaben, die dem Staat zugedacht waren, keine Bereitschaft gegenüberstand, eine entsprechend höhere Abgabenlast zu tragen. Insofern kann in dieser Zeit von einer zunehmenden „Anspruchs- und Empfängermentalität“ gesprochen werden.

Besonders deutlich hatten viele Kommunen diese Erwartungshaltung zu spüren bekommen, da sie ja zu meist für das zuständig sind, was sichtbar Lebensqualität beinhaltet. In vielen Fällen sahen sie sich gezwungen, diesen Forderungen nachzugeben. Und nach allem, was wir aus sozio-ökonomischen Ansätzen wissen, war es auch kaum zu erwarten, daß sich Bund und Länder dem Anspruchsverhalten hätten entziehen wollen. Denn Wirtschaftspolitik ist – wie Politik schlechthin – letztlich ein Produkt gesellschaftlicher Willensbildung. Das galt gerade auch für die neue Bonner Regierungsmannschaft, die ihren Erfolg nicht zuletzt dem Umstand verdankte, daß es der CDU/CSU offensichtlich an Gespür für die gesellschaftlichen Prozesse einer Neuorientierung gefehlt hatte, die SPD und FDP aber „mehr Demokratie wagen“ und „alte Zöpfe abschneiden“ wollten.

Sollte das ehrgeizige Reformprogramm nicht alsbald als bloßes Wahlversprechen desavouiert werden, mußte in der Legislaturperiode Vorzeigbares geschaffen werden, auch wenn die ökonomischen Bedingungen dafür alles andere als günstig waren. Zwar wurde auch in den Jahren 1969 bis 1973 stabilitätspolitisch gehandelt, doch war eine gewisse Halbherzigkeit kaum zu übersehen, schon weil man sich kaum be-

<sup>4</sup> Jedenfalls galt das Wahlergebnis vom Herbst 1969 auch als Sieg der „Schiller-Wähler“. Vgl. dazu K.-D. Bracher: Die Kanzlerdemokratie, in: R. Löwenthal, H.-P. Schwarz (Hrsg.), a. a. O., S. 199.

mühte, dem Bürger deutlich zu machen, daß ein Mehr an öffentlichen Gütern dem einzelnen auch mehr abverlangte. Das schließt nicht aus, daß daneben spezifische Kunstfehler der Politik im Spiel waren. Was hier aufgezeigt werden sollte war, daß die Erosion im sozialen Bereich auf den Staat Zwänge ausübte, dem zunehmenden Verteilungsgerangel der Gruppen nicht entgegenzutreten, sondern sich selbst an den Verteilungsauseinandersetzungen zu beteiligen, was die Erosion im wirtschaftlichen Bereich weiter förderte.

### Enttäuschte Erwartungen

Die konkurrierenden Ansprüche, die in ihrer Summe nicht zu befriedigen waren, lösten sich auf einer nominalen Ebene in immer mehr Inflation auf. Die Ernüchterung kam zuerst im politischen Bereich, nachdem spätestens Ende 1973 zu erkennen war, daß das Programm der inneren Reformen fürs erste nicht zu verwirklichen war. Im gesellschaftlichen Bereich schlugen sich die enttäuschten Erwartungen in dem Gefühl nieder, sich nun selbst das holen zu müssen, was der Staat versprochen hatte, aber nicht halten konnte. So trug der Autoritätsverlust der Regierung Brandt noch zum Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Kräfte bei.

Die Konfliktsituation und die Orientierungslosigkeit fanden in den Lohnverhandlungen Anfang 1974 ihren deutlichsten Ausdruck. Den Gewerkschaften war selbstverständlich bekannt, daß Zeiten monetärer Restriktionen – die Bundesbank hatte nach dem Übergang zum Blockfloating im Frühjahr 1973 ihre Handlungsfreiheit wiedererlangt und die monetären Zügel stark angezogen – die Lohnverhandlungen erschweren und den Konnex zwischen einer auf Umverteilung gerichteten Lohnpolitik und Beschäftigungsrisiken enger machen. So kam es, noch ehe Erfolge der Stabilitätspolitik sichtbar wurden, von seiten der Gewerkschaften zu der Forderung, in der Wirtschaftspolitik auf Expansion umzuschalten, was faktisch auf ein Nachgeben an der Inflationsfront hinausgelaufen wäre. Die Vervierfachung des Ölpreises führte zu einer weiteren Verstärkung der Rivalitäten. Die Lohnforderungen, die Anfang 1974 gestellt wurden, zeigten, daß bei den Arbeitnehmern wenig Neigung bestand, die Kosten mitzutragen, die durch die Verteuerung des Öls dem Inland auferlegt wurden. Das, was real weniger verteilbar war, sollte andere – also die Bezieher von Gewinn- und Vermögenseinkommen oder auch den Staatssektor – treffen.

Nie zuvor in der Nachkriegszeit waren die gesellschaftlichen Kräfte so weit auseinandergedriftet, war der soziale Konsens so gering. Die Frage war daher,

wie der Konfliktsituation entsprochen würde, vor allem ob der Staat bereit und fähig sein würde, so viel Autorität zurückzugewinnen, daß die Inflation nicht überbordete. Anfang 1974 war die Situation noch undurchsichtig. Der Jahreswirtschaftsbericht 1974 der Bundesregierung ging von einer Inflationsrate von 8 bis 9 % aus<sup>5</sup>. Doch blieb die Glaubwürdigkeit solcher Projektionen Zweifeln ausgesetzt, da sich in den Jahren davor gezeigt hatte, daß von den wirtschaftspolitischen Instanzen nicht immer alle Maßnahmen ergriffen werden konnten, um projizierte Werte zur Realität werden zu lassen. So war man eher bereit, pessimistische Inflationsprognosen dem eigenen Handeln zugrunde zu legen<sup>6</sup>.

Die Bundesbank unterstrich Ende 1973, Anfang 1974 mehrfach, daß sie alles tun werde, um die Inflationsrate einstellig zu halten. Auch die Regierung warnte eindringlich, doch blieb alles Drängen auf Mäßigung ohne Erfolg. Die ÖTV, die 1974 die Lohnrunde anführte, verhandelte äußerst rigide und unbeeinflusst vom Wandel des wirtschaftlichen Klimas. Obwohl klar sein mußte, daß der hier erzielte Abschluß eine Leitfunktion für andere Tarifbereiche haben würde, spielte offenbar das Bewußtsein eine erhebliche Rolle, daß die öffentlichen Arbeitnehmer kein Arbeitsplatzrisiko zu tragen haben. Mit Streiks, die den Staat an einer empfindlichen Stelle trafen, konnten schließlich Lohn erhöhungen von durchschnittlich 12 bis 15 % durchgesetzt werden. Das konnte gewiß nicht so interpretiert werden, daß der Staat nunmehr bereit sei, eine zweistellige Inflationsrate zu sanktionieren; er war gleichsam in die Knie gezwungen worden. Dennoch, die Unterschrift unter den leitenden Tarifabschluß mußte seine Glaubwürdigkeit untergraben. „An der Lohnfront (war)“, wie es der damalige Bundesbankpräsident Klausen ausdrückte, „eine Schlacht verlorengegangen“<sup>7</sup>.

### Stabilitätspolitische Kraftakt

Die Wirtschaftspolitik sah sich dadurch im Jahr 1974 vor eine schwierige Wahl gestellt. Sollte sie die in den Tarifverträgen antizipierte Inflationsrate zur tatsächlichen werden lassen und damit Gefahr laufen, daß Stabilität später nur um einen noch höheren Preis zu haben wäre, nur um kurzfristig den Beschäftigungsstand nicht zu gefährden, oder sollte sie die eingeschlagene Linie weiter durchhalten?

<sup>5</sup> Jahreswirtschaftsbericht 1974 der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 7/1646 vom 6. 2. 1974, S. 27.

<sup>6</sup> Z. B. ging die EG-Kommission davon aus, daß 1974 wahrscheinlich in keinem Land die Inflationsrate unter 10 % liegen werde. Vgl. Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 12/1974, S. 10.

<sup>7</sup> Ebenda, Nr. 12/1974, S. 9.

Kurz nach dem Tarifabschluß im öffentlichen Dienst machten Bundesregierung und Bundesbank deutlich, daß man die Inflationsrate unter 10 % halten wolle. Klagen fügte hinzu, daß nach dem Inflationsstoß, den die Tarifierhöhungen verursacht hätten, die restriktive Kreditpolitik länger und stärker als zunächst intendiert durchgehalten werden müsse<sup>8</sup>. Die Wirtschaftsforschungsinstitute unterstützten im Frühjahr 1974 diese Haltung<sup>9</sup>, wofür sie sich den Vorwurf eines „Mangels an sozialer Verantwortung“ seitens der Gewerkschaften einhandelten<sup>10</sup>. Durch das scharfe Zupacken der Geldpolitik konnte die tatsächliche Inflationsrate im Jahre 1974 auf 7 % begrenzt werden; die vielerorts erwartete höhere Rate wurde damit unterboten. Dadurch fielen die Reallohnsteigerungen stärker aus, als dies zu Anfang des Jahres von den Gewerkschaften und Unternehmensverbänden eingeplant worden war. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit war die Folge, er wurde dann gegen Jahresende zunehmend von den Auswirkungen der beginnenden Weltrezession überlagert.

Früher und auch erfolgreicher als in anderen Industrieländern war es damit der Wirtschaftspolitik gelungen, den Trend der Inflationsraten nach unten umzubiegen. Nicht zuletzt im Hinblick auf die aktuelle Problemstellung, die wir eingangs skizziert haben, taucht dabei die Frage auf, ob dahinter auch eine Rückkehr zu mehr Solidarität der Gruppen untereinander und zum Staat steht oder ob es lediglich ein „Kraftakt“ des Staates war. Da solche „Kraftakte“ wider die gesellschaftlichen Bedingungen nicht beliebig wiederholbar sind, müßte man in diesem Falle bezüglich der weiteren Entwicklung unseres Geldwertes recht skeptisch sein. Doch spricht vieles auch dafür, daß es mehr war als ein letztes Aufbäumen stabilitätsorientierter Wirtschaftspolitik. Ein endgültiges Urteil wird man jedoch noch nicht geben können.

### Das neue Assignment

Nachdem das Jahr 1974 in Deutschland durch eine starke Desintegration im gesellschaftlichen Bereich gekennzeichnet war und die Erosion der Solidarität der gesellschaftlichen Gruppen untereinander und mit den Trägern der Wirtschaftspolitik fatale Konsequenzen im ökonomischen Bereich gezeigt hatte, war die Bereitschaft weit verbreitet, neue Regeln zu suchen, nach denen die Interaktionen zwischen Staat und Privaten gestaltet werden konnten. Das Bestreben nach den

Vorgängen des Jahres 1974 war es, den Wirtschaftsa-blauf so zu organisieren, daß er einem Spiel mit akzeptierten und für alle geltende Regeln glich und diese Regeln so zu setzen, daß sie für die Teilnehmer zumutbar waren und daß insbesondere die sozialen Gruppen sich nicht verschließen würden, sondern bereit wären, in ihren Verhaltensweisen auf einen Erfolg der amtlichen Wirtschaftspolitik zu bauen. Mit anderen Worten: Es galt, einen neuen Anlauf zu machen, um die soziale Integration wiederherzustellen und den Konsensus, so weit er erreichbar war, zu bewahren. Dies führte zu dem, was in Deutschland häufig als das „neue Assignment“ bezeichnet wird.

Dem Grundsatz nach bestand das neue Assignment aus folgendem:

- Die Geldpolitik sollte die Führungsrolle in der Stabilisierungspolitik übernehmen.
- Die Finanzpolitik sollte von (antizyklischen) stabilitätspolitischen Aufgaben entlastet werden, die sie doch nicht erfüllen kann.
- Die autonomen Gruppen sollten erkennen, daß preis- und lohnpolitische Entscheidungen direkte und zurechenbare Mengen- und Beschäftigungseffekte haben, daß also der Weg zurück zur Vollbeschäftigung zum Beispiel eine höhere Reagibilität der Löhne als eine wesentliche Voraussetzung hat.

### Loyalität der Gewerkschaften

Selbstverständlich war dieses neue Assignment in dieser reinen Form praktisch nicht zu verwirklichen. Aber auf jeden Fall wurde eine gewisse Führungsrolle der Geldpolitik akzeptiert. Ebenso gilt, daß nach 1974 das Tarifvertragssystem in Deutschland wieder eine höhere Reagibilität bewies. Das bedeutet, auch von seiten der Gewerkschaften wurden die Fehler des Jahres 1974 implizite konzediert. Es wurde versucht, bei den Tariflohnabschlüssen den Beschäftigungsrisiken Rechnung zu tragen und nicht mehr allein – keynesianischer Tradition folgend – den Staat für die Beschäftigungssituation verantwortlich zu machen. Daß es dazu kam und man nicht versuchte, mit einer Art „Revanche“ (im Sinne der „Unregierbarkeit“) zu antworten, lag mit daran, daß die Gewerkschaften gegenüber der Regierung und der sie tragenden Koalition eine neuerliche Loyalität bewiesen.

Der scharfe Restriktionskurs des Jahres 1974 hätte sich unter einer konservativen Regierung wahrscheinlich nicht oder jedenfalls kaum in der praktizierten Weise durchziehen lassen. Hier wäre vermutlich rasch und massiv der Vorwurf einer „arbeitnehmerfeindlichen Politik“ erhoben worden. Sicherlich hat dazu auch mit

<sup>8</sup> Ebenda, Nr. 17/1974, S. 1 f.

<sup>9</sup> Arbeitsgemeinschaft deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1974.

<sup>10</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 21/1974, S. 3.

beigetragen, daß die SPD und die Gewerkschaften personell verflochten sind. Zum Beispiel die Tatsache, daß im Kabinett des neuen Bundeskanzlers Schmidt, der im Mai 1974 das Amt von seinem Vorgänger Brändt übernahm, alle sozialdemokratischen Minister aus der Gewerkschaftsbewegung kamen, macht deutlich, daß die amtliche Wirtschaftspolitik von führenden Gewerkschaftlern mitgetragen und von diesen auch gegenüber den Gewerkschaftsmitgliedern gerechtfertigt wurde – ein deutliches Beispiel dafür, wie die Partizipation wichtiger sozialer Kräfte an der Regierungsgewalt integrativ wirken und die Wirtschaftspolitik durchsetzbar machen kann.

### Monetäre Zielvorgaben

Begünstigt wurde die hart zupackende Geldpolitik auch dadurch, daß die Inflation großen Teilen der deutschen Bevölkerung unerträglich geworden war. Nach wie vor ist die Abneigung vor Inflation hierzulande ein sozial-psychologisches Phänomen ersten Ranges. Allerdings war es auch nötig zu zeigen, daß die Bundesbank die Inflationsrate nachhaltig beeinflussen kann. Denn mehr sozialer Konsens ist untrennbar damit verbunden, daß die Marktteilnehmer auf Erfolge der Wirtschaftspolitik bauen können.

Das heißt jedoch, daß Irrtümer, wie sie 1974 dem Handeln der Privaten und der sozialen Gruppen zugrunde lagen, vermieden werden müssen. Das hat zu dem Gedanken geführt, daß die Geldpolitik die angestrebte Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge verbindlich vorankündigen solle. Verbunden mit einer solchen monetären Zielvorgabe ist eine deutliche Information darüber, welche Inflationsrate die Bundesbank im jeweils kommenden Jahr gerade noch zu tolerieren gedenkt. Dieser Vorschlag, der vom Sachverständigenrat zuerst propagiert worden war und der auch die Unterstützung des Bundeskanzlers gefunden hatte, wurde von der Bundesbank aufgenommen. Seit Ende 1974 werden seitdem jährlich Zielvorgaben für die mo-

netäre Politik veröffentlicht – trotz einiger Zielüberschreitungen mit Erfolg.

### Latente Stabilitätsbedrohung

Alles in allem ist wohl nicht zu bestreiten, daß vieles aus der Erfahrung gelernt wurde. Dazu gehört in allererster Linie auch, daß die Gewerkschaften bereit waren, bei ihren Forderungen auf die Beschäftigungslage Rücksicht zu nehmen und – vielleicht noch wichtiger – daß mit den Lohnabschlüssen 1979 und 1980 (ganz gleich, wie die letzteren aus rein stabilitätspolitischer Sicht auch eingeschätzt werden mögen) ein deutliches Zeichen verbunden war, daß man bereit ist, den durch die Erhöhung der Rohölpreise bedingten Realtransfer an das Ausland mitzutragen.

Insofern haben sich die Voraussetzungen dafür, daß die Geldentwertung weiterhin unter Kontrolle gehalten werden kann, gegenüber den frühen siebziger Jahren wieder eindeutig verbessert. Gesehen werden muß aber auch, daß im politischen und sozialen Bereich nach wie vor destabilisierende Prozesse im Gange sind. Allenthalben ist die Neigung groß, eine „free-rider“-Position zu beziehen. Das Konfliktpotential ist damit spürbar größer als noch in den 60er Jahren.

Schon ist darüber spekuliert worden, ob die Herausforderung von außen, der durch die Ölverteuerung erzwungene Anpassungsbedarf im Inneren, nicht wieder von der Gesellschaft als große gemeinsame Aufgabe empfunden werden könnte, durch die sich die Solidarität in der Gesellschaft wieder verstärkt, wenn auch wohl nicht vergleichbar mit der Solidarität in der ersten Nachkriegszeit. Gegenwärtig ist dies jedoch kaum abzuschätzen. Man wird also davon ausgehen müssen, daß die Stabilität auch künftig latent bedroht sein und uns nicht in den Schoß fallen wird. Genausowenig ist aber der Kampf an der Inflationsfront verloren. In dem derzeitigen gesellschaftlichen Faktorenfeld hat eine entschlossene Stabilitätspolitik gute Aussicht auf Erfolg.

**HERAUSGEBER:** HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Prof. Dr. Armin Gutowski, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmahl)

**REDAKTION:**  
Dr. Otto G. Mayer (Chefredakteur), Dr. Klaus Kwasniewski (Stellvertreter), Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

**Anschrift der Redaktion:** 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (040) 35 62 306/307

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.

**HERSTELLUNG UND VERTRIEB:**  
Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg

**Anzeigenpreisliste:** Nr. 13 vom 1. 7. 1974

**Bezugspreise:** Einzelheft: DM 7,50, Jahresabonnement: DM 80,- (Studenten: DM 40,-)

**Erscheinungsweise:** monatlich

**Druck:** Buch- und Offsetdruckerei Wunsch, 8430 Neumarkt/Opf.

**Anschrift des Verlages:** 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (040) 35 62 500